

Daniel Bultmann

Bürgerkriegstheorien

HERBERT VON HALEM VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Daniel Bultmann
Bürgerkriegstheorien
Köln: Halem, 2017

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2017 Herbert von Halem Verlag, Köln

Zuerst erschienen im UVK Verlag, Konstanz, 2015 (978-3-86764-597-3)

978-3-7445-0926-8 (Print)
978-3-7445-0928-2 (ePDF)

Herbert von Halem Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Schanzenstr. 22, 51063 Köln
Tel.: +49(0)221-92 58 29 0
E-Mail: info@halem-verlag.de
URL: <http://www.halem-verlag.de>

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung: Das Ende der Kalten Kriegslogik	9
2	Wut.....	17
2.1	Blinde Wut.....	18
2.2	Begründete Wut.....	20
2.3	Relative Wut.....	23
2.4	Religiöse Wut	27
3	Gier.....	33
3.1	Rationale Gier.....	34
3.2	Verfluchte Ressourcen.....	39
3.3	Vernetzte und Neue Gier	42
4	Mikro-Logiken	53
4.1	Räume	54
4.2	Rekruten.....	57
4.3	Wetter	61
5	Staatlichkeit.....	65
5.1	Regierungstypen und –wechsel	66
5.2	Schwache – gescheiterte Staaten	69
5.3	War Making, State Making	77
5.4	Intervention.....	82

6	Kampf der Emotionen	91
6.1	Angst.....	92
6.2	Lust und Autotelik	97
6.3	Hass, Scham und Rache.....	103
6.4	Nation, Männlichkeit und Stolz.....	111
6.5	Orientalismen.....	121
7	Politische Ordnungen	125
7.1	Legitimation.....	127
7.2	Massen, Psychosen und andere temporäre Ordnungen	131
7.3	Flüchtlingslager	138
8	Wissen und Kommunikation.....	145
8.1	(Social) Media	145
8.2	Wissensproduktion	149
8.3	Der Dritte.....	155
9	Felder.....	161
9.1	Struktur des Feldes	162
9.2	Zugänge: Rekruten, Kameraden und Zwang.....	166
9.3	Initiation, Gehorsam und Habitualisierung	172
9.4	Symbolische Ordnung und Disziplinierung	179
10	Figuren	185
10.1	Kindersoldaten.....	185
10.2	Warlords	192
10.3	Terroristen	197

11	Schluss: Versicherunglichung.....	217
	Literaturliste	223

1 Einleitung: Das Ende der Kalten Kriegslogik

Mit dem Ende der Sowjetunion begann die Bürgerkriegsforschung. Zwar konnte man bereits nach 1945 einen deutlichen Anstieg innerstaatlicher Konflikte beobachten. Eine Interpretation für diese Entwicklung war allerdings schnell gefunden: In Zeiten des Systemwettbewerbs führten die Großmächte immer mehr Stellvertreterkriege in Asien, Afrika und Lateinamerika. Wer sich daher mit den Konflikten auseinandersetzte, sah ihre Ursache zumeist in der weltpolitischen Wetterlage und im Wettkampf zweier Wirtschaftssysteme und Ideologien begründet. Konflikte waren Teil des Weltsystems und vollständig aus ihm heraus erklärbar. Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion hinterließ ein theoretisches Vakuum, denn die Kriege gingen weiter. Manche meinen sogar, sie seien inzwischen blutiger als je zuvor. Trotz des Wegfalls der Finanzspritzen der Großmächte und trotz eines „Endes der Geschichte“ – wie es Francis Fukuyama im Jahr 1992 mit Blick auf den scheinbaren Sieg liberal-kapitalistischer Demokratien verkündete – versanken auch weiterhin Staaten und ganze Regionen in Bürgerkriegen. Schnell kamen neue Erklärungsansätze auf, neue Konzepte: Ethnizität, Religion und unter dem Deckmantel des Kalten Kriegs lodernder, urzeitlicher Hass.

Während die Konflikte in den 1990er noch ganz fern waren und nur über die Nachrichten im Fernsehen und in den Zeitungen die heimische Öffentlichkeit erreichten, rückte das Geschehen in den letzten fünfzehn Jahren immer bedrohlicher an den Westen heran. Einen zweiten Anschlag und paradigmatischen Wandel erfuhr die Bürgerkriegsforschung durch den internationalen Terrorismus. Seit dem 11. September 2001 sind Bürgerkriege nicht mehr bloße Scharmützel auf anderen Kontinenten, sie sind vielmehr ein akutes Sicherheitsrisiko für alle. Politik, Medien, Wissenschaft und Öffentlichkeit blicken vermehrt in Sorge um die eigene Sicherheit auf die Konflikte dieser Welt. Überall scheinen Räume ohne staatliche Kontrolle zu entstehen, die einen Rückzugsraum für terroristische Gruppen bieten. Der Eingriff in Bürgerkriege ist nicht mehr nur ein humanitäres Anliegen, sondern die eigene Sicherheit wird nunmehr – mit den Worten des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers Peter Struck – „am Hindukusch verteidigt“. Bürgerkriege werden zu Netzwerkkriegen, die keine Grenzen und kein Territorium mehr zu kennen scheinen. Syrien liegt neuerdings mitten in Deutschland, genauer noch: in der salafistischen Hochburg Dinslaken. Absolut

alles wird dabei auf mögliche Sicherheitsrisiken hin befragt: sich scheinbar viral ausbreitende Konflikte in verschiedensten Regionen dieser Welt, die globale Erderwärmung, Migrations- und Flüchtlingsströme sowie die Ausbreitung von Armut, Staatszerfall und Krankheiten wie Ebola. Doch mit der Suche nach und Schaffung von Sicherheit scheint zeitgleich die Produktion – wenn nicht sogar die Potenzierung – von Unsicherheiten einherzugehen: Zunehmend wähnt man sich in einer Welt voller Gefahren, deren Kollaps jederzeit bevorstehen könnte.

Je genauer die Wissenschaft hinschaut, desto unklarer wird indes das Phänomen Bürgerkrieg, desto problematischer seine zeitliche, räumliche und konzeptuelle Abgrenzung. Ab wann ist ein Krieg überhaupt ein Krieg? Das *Correlates of War Project* (POW) setzt eine klare Schwelle an: erst ab 1.000 Gefechtstoten im Jahr gilt ein bewaffneter Konflikt als Krieg. Und ein Bürgerkrieg liegt dann vor, wenn es sich um einen Konflikt zwischen der Regierung und einem nicht-staatlichen Militär auf dem eigenen Territorium handelt und wenn beide Seiten „effektiven“ Widerstand leisten (vgl. Sarkees und Wayman 2010). Das *Center for Systemic Peace* an der University Maryland setzt die Schwelle dagegen bereits bei 500 Gefechtstoten an. Und die Political Instability Task Force formuliert gar zwei Schwellen: 1.000 mobilisierte Kämpfer, Demonstranten oder Protestteilnehmer und 1.000 Gefechtstote – allerdings über den gesamten Konfliktverlauf, über den hinweg mindestens ein Jahr 100 Tote aufweisen muss. Fearon und Laitin (2003) setzen ebenfalls 1.000 Gefechtstote an, jedoch mit einem jährlichen Durchschnitt von 100 Gefechtstoten und mindestens 100 Opfern auf jeder Seite – auf diese Weise sollen Massaker und andere Formen einseitiger Gewalt von der Definition ausgeschlossen werden. Schwellenwerte sind jedoch in ihrer Genauigkeit trügerisch. Das Problem liegt nicht nur in Latenzen, zwischenzeitlichen Friedensschlüssen sowie formellen wie informellen Waffenstillständen, sondern auch in der Uneindeutigkeit der Kategorie „Gefechtstote“ sowie in der Ausweitung von kriegerischer Gewalt, die sich nicht mehr als Gefecht im engen Sinn klassifizieren lässt (Bombenanschläge, Minen, etc.). Zudem fallen viele Konflikte heraus, die nur knapp unter der Schwelle liegen. Dabei ist es durchaus möglich, dass unterhalb der Schwelle ein massiver Anstieg an „Kleinstkriegen“ stattfindet, der keinerlei Eingang in die Statistiken findet.

Das *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) spricht nicht von Krieg, sondern von Konflikttypen (vgl. Themnér und Wallensteen 2014). Dabei ist Konflikt wahrscheinlich ein noch komplexerer Begriff als Krieg (vgl. Bonacker 2008). Allgemein liegt ein *bewaffneter Konflikt* für das UCDP bereits ab 25 Gefechtstoten im Jahr vor. Das UCDP unterscheidet dabei unterschiedliche Konflikttypen anhand der jeweils beteiligten Akteure: 1) *zwischenstaatliche Konflikte* (zwei oder mehr Regierungen), 2) *innerstaatliche Konflikte* (Regierung und mindestens eine nicht-staatliche Organisation), 3) *innerstaatliche Konflikte mit*

ausländischer Beteiligung (Regierung oder Opposition erhalten personelle Unterstützung durch ausländische Truppen) 4) *nicht-staatliche Konflikte* (keine der kämpfenden Gruppierungen ist staatlich), 5) *einseitige Gewalt* (staatliche Organe wenden Gewalt gegen Zivilisten an) sowie 5) *extra-systemische Konflikte* (im wesentlichen seit 1974 beendete Kolonialkriege, bei denen eine Regierung eine nicht-staatliche Gruppe außerhalb ihres Territoriums bekämpft, um die Kontrolle über eben jenes Territorium aufrechtzuerhalten).

Die *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung* (AKUF) der Universität Hamburg definiert Krieg dagegen als einen „gewaltsamen Massenkonflikt“, der drei Merkmale aufweisen muss:

(a) an den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt;

(b) auf beiden Seiten muß ein Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.);

(c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d.h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet einer oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern. (AKUF 2013)

Alle gewaltsamen Auseinandersetzungen, die diese Merkmale nicht in vollem Umfang erfüllen (vor allem das der Kontinuität), bezeichnet AKUF als bewaffneten Konflikt. Die AKUF unterscheidet hieran anschließend verschiedene Kriegstypen primär anhand ihrer Zielsetzung: Antiregime-Kriege, Autonomie- und Sezessionskriege, zwischenstaatliche Kriege, Dekolonialisierungskriege und ‚sonstige Kriege‘. Unter ‚sonstige Kriege‘ fallen alle Mischformen, die sich nicht mehr eindeutig einem Typus zuordnen lassen und / oder bei denen sich der Charakter der Kampfhandlungen im Verlauf des Konfliktes grundlegend gewandelt hat. Zuletzt unterscheidet die AKUF noch, ob es sich um Kriege mit und ohne unmittelbare Fremdbeteiligung handelt (entscheidendes Kriterium ist auch hier die aktive Teilnahme ausländischer Streitkräfte – und nicht nur die finanzielle, logistische oder anderweitige Formen von Unterstützung). Auffällig ist, dass für den AKUF letztlich alle Formen von Krieg bereits per definitionem politisch sind: Es geht immer um unterschiedliche Formen der Neuordnung von Herrschaft. Für alles andere ist bestenfalls unter der Kategorie ‚sonstige Kriege‘ Platz.

Das Problem ist, dass es sich zumeist – wenn nicht gar immer – um Mischformen handelt, bei denen es sich nicht unvoreingenommen festlegen lässt, was beispielsweise als innerstaatlicher, internationalisiert innerstaatlicher, Sezessions- oder Antiregimekrieg gilt. Das ist nicht ohne Bedeutung, denn die Wahl des jeweiligen Begriffs lenkt bereits den Blick der Analyse, da jeder Begriff ein ganzes Arsenal an unterstellten Ursachen, Motiven und Dynamiken mitsichbringt, die dann einer in sich höchst komplexen, mit widersprüchlichen Zielen behafteten Gruppierung unterstellt werden. Begriffe sind bereits Theorien. Das gilt auch für scheinbar neutrale Begriffe wie dem des ‚innerstaatlichen Konflikts‘. Auch wenn Kriege zentrale internationale und weltpolitische Ursachen haben oder eine teils massive finanzielle wie logistische Unterstützung, Trainings und militärische Beratung stattfindet, gilt der Krieg als innerstaatlich. Ursachen und Dynamiken werden dann zuallerst im Container-haften Inneren vermutet. Und wenn man Deutsche fragt, ob sie im Frieden leben, würde sicherlich ein Großteil zustimmen. Dabei befindet sich das deutsche Militär derzeit in mehreren Militäreinsätzen – nicht nur in Afghanistan. In einer interdependenten Welt ist des einen innerer Frieden des anderen innerer Krieg. Globale Zonen des Friedens sind dabei mit Zonen des Krieges auf vielfältige Weisen nicht nur militärisch, sondern auch sozial, ökonomisch und politisch kausal miteinander verknüpft. Diese Verflechtungen lassen sich nicht einfach anhand der numerischen Präsenz ausländischer Truppen fassen. Solche überaus komplexen und folgenreichen transnationalen Verknüpfungen und Entstehungsbedingungen kriegerischer Konflikte gehen durch den Fokus auf die Innerstaatlichkeit häufig verloren (vgl. Barkawi und Laffey 1999).

Darüber hinaus sind auch die Ziele einer bewaffneten Gruppe nicht eindeutig bestimmbar: Kann man sie aus dem offiziellen Programm einer Gruppe, ihrem Gründungsmythos oder ihrer Symbolpolitik herauslesen? Oder ist es bloße, nichtssagende Propaganda und die Gruppen verfolgen in Wirklichkeit eine ganz andere Agenda? Geht es um die biografischen Wurzeln oder inoffiziellen Verlautbarungen der Führung und / oder der Gefolgschaft? Oder legen Beobachter fest, was die ‚wahren‘ Ziele einer Gruppe sind (Sezession, Selbstbereicherung, Regierungsmacht, Vernichtung religiös oder ethnisch gefasster Feinde, ein Kalifat)? Und wie legen sie sie fest – etwa mit Blick auf die vorherrschende Finanzierungsweise: Stichwort Blutdiamanten? Und lässt die Finanzierung über Blutdiamanten oder andere Mineralien und Rohstoffe ausschließlich einen Schluss auf rein ökonomische Motive zu? Motive wandeln sich im Laufe des Konflikts – vor allem wenn er über einen langen Zeitraum geht. Formen und Handlungslogiken von Kriegen können sich über die Jahre je nach der sozialen, (welt)politischen und wirtschaftlichen Lage teils massiv wandeln (ehemals hehre Ziele, eine neue soziopolitische Ordnung umzusetzen, machen vermehrt Platz für

Motive der Selbstbereicherung oder schlicht einer Aufrechterhaltung des Krieges um des Krieges willen). Zumeist koexistieren unterschiedliche, manchmal kaum miteinander vereinbare Ziele in einer Gruppe. Je nach Konfliktzeitpunkt und interner Dynamik können dann ehemals weniger einflussreiche Akteure Überhand gewinnen und die Strategie der Gruppe (um)prägen. Während zu Beginn beispielsweise noch eine neue gesellschaftliche Ordnung angestrebt wurde, übernehmen immer mehr Kommandeure das Ruder, die sich über ein Kriegercharisma legitimieren und denen kaum an einer Sozialutopie gelegen ist, sondern eher an dem Erhalt eines sie legitimierenden Kriegszustandes. Um bewaffnete Gruppen von kriminellen Organisationen abgrenzen zu können, sehen einige Autoren auch die Existenz eines „bedeutungsvollen“ politischen Programms als zentrales Kriterium an (vgl. Newman 2014a: 60-62). Was jedoch als bedeutungsvoll, legitim, illegitim, ideologisch oder aber politisch zählt, hängt massiv von der Interpretation Dritter ab.

Andere Begrifflichkeiten sind wesentlich offensichtlicher ideologisch konnotiert. Mitglieder bewaffneter Gruppen und Sympathisanten kollektiver Gewalt sprechen von Widerstand, Aufstand oder Rebellion und legen damit gleich den eigenen und den vom anderen gewünschten Interpretationsrahmen vor. Kritisch gestimmte Beobachter würden dann eher mit disqualifizierenden Klassifikatoren arbeiten und von irregulärer Kriegsführung, neuen Kriegen, kriminellen Netzwerken oder gleich von Terrorismus sprechen (oder Sprachblüten kreieren wie kriminell-terroristische Organisation). Der größte Anachronismus liegt wahrscheinlich im alltagssprachlich am weitesten verbreiteten Begriff des *Bürgerkrieges*, der – zusammen mit innerstaatlichem Konflikt – hier im Buch wahrscheinlich am häufigsten verwandt wird und den Titel prägt. Ein Bürger im klassischen Verständnis steht sicherlich nicht unbedingt für transnationale Netzwerke, Migration, Staatenlosigkeit, brutale Gewalt, Tötungslust oder Irrationalität. Der Grund dafür, den Begriff trotzdem zu verwenden, ist nicht nur seine populäre Verbreitung und eine sprachliche Bequemlichkeit des Autors. Der Hauptgrund ist der Umstand, dass es keine neutralen, in sich abgeschlossenen und konzeptuell eindeutigen Begriffe gibt. Die Wahl des Vokabulars ist immer schon eine subjektive Entscheidung, bei der es letztlich zuallerst darauf ankommt, wie man *mit* den Begriffen arbeitet, wie man sie nutzt, was man in sie einbezieht und welche Zugänge zu Phänomenen man wählt und als legitim anerkennt. Begriffe sind wie Vexierbilder, die Sichtbarkeiten produzieren und dabei zeitgleich Aspekte in den Hintergrund treten lassen und Ambivalenzen, Uneindeutigkeiten und offene Fragen generieren. Zugleich bieten Begriffe eben auch Sichtbarkeiten in Form von erschließenden Perspektiven auf ein Phänomen an – und die gilt es zu nutzen. Um dieses Spiel mit Sichtbarkeiten, ihren Produktionsbedingungen und Argumentationsfiguren geht es in diesem Theorieüberblick zu

Bürgerkriegen, der keine abgeschlossenen Wahrheiten zu präsentieren gedenkt und sich entlang verschiedener im Diskurs über Bürgerkriege immer wiederkehrender Begriffe entfaltet. Der Text lässt dabei das Spiel mit verschiedensten Begriffen zu und lotet ihre Perspektiven aus.

Die zugrundeliegende Definition von Bürgerkrieg soll dabei eine unabgeschlossene Arbeit an dem Begriff ermöglichen und ist daher eine möglichst Minimalistische. In Anlehnung an die Definition von Krieg als organisierte kollektive Gewalt, an der mindestens ein staatlicher Akteur beteiligt ist (Bonacker und Imbusch 2010: 111), wird Bürgerkrieg im Folgenden als organisierte kollektive Gewalt verstanden, an der mindestens ein nicht-staatlicher Akteur beteiligt ist. Entscheidend ist also die Frage nach dem Aufkommen von nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen, in denen sich vormals zivile Akteure zu einer militärischen Formation zusammenschließen (oftmals jedoch unter maßgeblicher Beteiligung von ehemaligen Mitgliedern der Regierung und des staatlichen Militärs). Die Definition umfasst also auch Konflikte, in denen kein staatlicher Akteur auftritt – entweder weil er vollständig fehlt oder weil sich die Gruppen kaum mehr klar zuordnen lassen. Es geht um das Aufkommen und den Fortbestand solcher militärischer Formationen, die eine – ganz im Sinne der AKUF-Definition – gewisse Konstanz und Regelmäßigkeit in ihren Aktivitäten aufweisen. Es geht explizit nicht darum, ihnen eine bestimmte Zielsetzung zu unterstellen (Szeession, Revolution, Selbstbereicherung). Solche Ziele sind komplex und können in einzelnen Gruppen – letztlich gar für einzelne Personen – koexistieren. Indirekte oder direkte Interventionen anderer Staaten oder transnational operierender Militärs sind dabei beständig relevant, aber in ihrer Thematisierung nicht an Quota gebunden. Bewaffnete Gruppen selbst sind auch nicht an Staatsgrenzen gebunden. Im Gegenteil operieren viele von ihnen überregional und transnational, in Grenzregionen, entlang nur schwach bis gar nicht klar markierter Zwischenräume und in Flüchtlingslagern. Zudem setzen sie sich – vor allem in der Führungsriege – häufig aus Mitgliedern mit Migrationshintergründen und starken biografischen Wurzeln in Diasporagemeinschaften zusammen. Der Fokus des Buches liegt allerdings nicht allein auf einzelnen Gruppen, sondern auf *Kriegszuständen*, in denen solch ein Akteur auftritt. Der Grund für diese zunächst Minimal anmutende Differenz ist einfach: Die Forschung beginnt erst seit knapp zehn Jahren damit, den Fokus verstärkt auf die Entstehungs- und Funktionsweise von nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen zu verlegen (in diesem Zusammenhang fällt dann überhaupt erst verstärkt auf, dass der Fokus auf einzelne Staaten verengt ist, wenn man die regionalen und internationalen Aktivitäten und Wirkungen der Gruppen fassen will). Zu Beginn lag der Fokus noch auf einzelnen als abgeschlossene Container verstandenen Nationalstaaten, in denen

ein Bürgerkrieg aufkommt sowie auf der Frage nach den Ursachen, die wiederum mittels nationaler Statistiken beantwortet werden sollten.

Der Inhalt des Buches gestaltet sich entlang dreier Ordnungsprinzipien. Erstens beginnt der theoretische Überblick mit Theorien, die *im Anschluss an den Kalten Krieg* aufkamen und sich mit *aktuellen* Bürgerkriegen und ihren Ursachen auseinandersetzen. Die Literatur zu Konflikten wie dem Amerikanischen Bürgerkrieg im 19. Jahrhundert wird also nicht thematisiert. Die Kapitel sind dabei zweitens grob chronologisch geordnet. Nur grob chronologisch sind sie, weil sie drittens jeweils einzelne Argumentationsfiguren in sich zusammenfassen, die seither immer wieder aufgenommen, modifiziert, kritisiert, verbessert oder radikalisiert werden. Argumentationsmuster kamen zwar zu gewissen Zeiten auf und markieren auch diskursive Umbrüche, zugleich wirken sie jedoch auch fort, gehen Verbindungen ein und berufen sich auch auf geistige Vorfahren. Wichtig ist daher vor allem, jeweils die zentrale Argumentation der Theorie- und Analysefiguren, ihre Abgrenzungsbewegung von anderen Ansätzen, ihren Beitrag zur Sichtbarmachung von Zusammenhängen und ihren Zugang zum Phänomen darzustellen.

Die erste Figur, die im Diskurs zirkulierte und erklären sollte, warum es trotz Ende des Kalten Krieges noch Krieg gab, war ethnische, religiöse oder einfach nur irrationale Wut (Kapitel 2). Die Wut entspringt hier einer entweder einer realen oder aber imaginierten Verletzung der eigenen Identität und einer sozialpolitischen Ungerechtigkeit. Scharf kritisiert wurde der Ansatz von Theoretikern mit Wurzeln in den Wirtschaftswissenschaften, die Gier an der Wurzel kriegerischer Aktivitäten sehen (Kapitel 3). Für sie sind die Wut-Theoretiker letztlich nur auf die Propaganda der Gruppen hereingefallen, die ihre wahren Motive hinter sozial-reformistischen Programmen oder ethno-religiösen Argumenten und Animositäten verstecken, die sie als Feigenbalt für ihre wahren Motive nutzen. In die Riege der Gier-Theorie gehört dabei auch die Theorie einer Ausbreitung ‚neuer Kriege‘, in denen ehemals politische Motive zunehmend durch ökonomisches Gewinnstreben ersetzt wird. Beide Ansätze wurden für die Nutzung von Statistiken auf nationalstaatlicher Ebene kritisiert. Neuere Forschung verlegt den Fokus dagegen auf kleinteiligere Datensätze, die eine räumliche Verteilung von Gewalt oder ihre situative Anwendung durch einzelne Gruppen in den Blick nimmt (Kapitel 4). Hier geht es um die *Logik*, wann welche Akteure wie und vor allem wo Gewalt anwenden. Krieg zerfällt in viele Kleinstkriege und wird dadurch zunehmend in seiner Komplexität sichtbar. In der Politikwissenschaft liegt der Fokus zumeist auf der Staatlichkeit und ihrer Verfasstheit (Kapitel 5). In diesem Kapitel wird der Einfluss von verschiedenen Regierungstypen, schwacher Staatlichkeit, Staatenbildung, Korruption und militärischer Intervention auf die Entstehung eines innerstaatlichen Konflikts thematisiert.

Vielen Ansätzen – vor allem im angelsächsischen Sprachraum – ist ein rationalistisches Bild vom Menschen gemein. Die Wahl, Gewalt anzuwenden oder aber eine Gruppe beizutreten, folgt zweckrationalen Erwägungen und lässt sich daher auch in ihrer Wahrscheinlichkeit berechnen. Viele Ansätze versuchen dagegen, eine Bürgerkriegs- und Konflikttheorie zu entwickeln, die die Emotionalität der Gewalt in den Blick bekommt und dabei nicht in erneute Rationalisierungen abgeleitet, bei denen Emotionen von Eliten lediglich instrumentalisiert werden (Kapitel 6). Angst, Tötungslust, Scham, Rache, Männlichkeit und Stolz bilden hierbei zentrale Konzepte, die jedoch immer wieder Gefahr laufen in einen Orientalismus abzugleiten, bei dem vor allem den Akteuren im globalen Süden ein irrationales Vorgehen attestiert wird, dem der Westen rational begegnen muss. Auch wenn Gewalt emotionale Elemente beinhaltet, so liegt in ihr dennoch kein Zusammenbruch sozialer und politischer Ordnungsbildung. Vor allem in der deutschen Forschung wurde der Fokus der politischen Soziologie auf die Entstehung von Gewaltordnungen verlegt (Kapitel 7).

Kriegerische Gewalt richtet sich zwar gegen eine herrschende Ordnung, generiert dabei – wenn auch brüchig – jedoch auch eigene legitime Ordnungen und zeitigt Struktureffekte. Prozesse der Ordnungsbildung werden hier mit Blick auf bewaffnete Gruppen, auf Massengewalt und auf Flüchtlingslager betrachtet. Doch woher kommt eigentlich unser Wissen über Gewalt in Bürgerkriegen und wie entsteht es? Dieser Frage geht Kapitel 8 nach. Es fragt nach den Entstehungs- und Produktionsbedingungen unseres Gewaltwissens. Wie werden Daten generiert, wer produziert Wissen und wie wird Evidenz hergestellt? Kriegerische Gewalt ist dabei niemals ein neutrales Faktum, sondern sie wird über Dritte als Gewalt konstituiert und im gleichen Zug auch skandalisiert oder legitimiert. Kapitel 9 betrachtet bewaffnete Gruppen als soziales Feld. Es fragt dabei nach der Sozialstruktur der Gruppen, wie sie sich rekrutieren und wie sie sich über die Produktion von Gehorsam reproduzieren. Der Fokus liegt hier also gänzlich auf der jeweiligen Gruppe, ihrer sozialen und symbolischen Struktur und den in ihr angewandten Machtpraktiken zur Disziplinierung der Gefolgschaft. Das Buch schließt dann mit drei diskursiven Figuren: Kindersoldaten, Warlords und Terroristen (Kapitel 10). Alle drei haben miteinander gemein, dass sie hoch politisiert sind und sich dabei historisch, theoretisch und empirisch nur schwer abgrenzen lassen. Sie stellen eine Herausforderung für die gängigen Bürgerkriegstheorien dar, verweisen auf Grenzen, aber auch auf die Instrumentalisierung von Wissenschaft zur Rechtfertigung von Interventionen.